



Eingereicht über den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe der zuständigen Kreisverwaltung/Stadtverwaltung der kreisfreien Stadt

Zweckverbände, anerkannte Träger der freien Jugendhilfe sowie Betriebe und öffentliche Einrichtungen reichen den Antrag zunächst bei der Gemeinde oder dem Gemeindeverband ein.

## Hauptantrag Antrag auf Gewährung von Zuwendungen nach dem „Sonderprogramm für den Kitabau 2024“

### A. Einrichtung Einrichtungsnummer: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Auskunft erteilt: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

### B. Antragsteller\*in (Träger der Maßnahme)

Name: \_\_\_\_\_

Rechtsform: \_\_\_\_\_

ggf. Vertretungsberechtigter: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Auskunft erteilt: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_ BIC: \_\_\_\_\_

Bankinstitut: \_\_\_\_\_

### C. Fördertatbestände

Bei der Maßnahme / den Maßnahmen handelt es sich um:

Umbau:       Erweiterungsbau:       Neubau:

Kauf:       Miete:

Führen Sie eine Sanierungsmaßnahme durch?

Ja:       Nein:

→ Wenn ja, fügen Sie dem Antrag bitte die ausgefüllte **Anlage S** bei.

Werden durch die Maßnahme vorhandene Bauten ersetzt?

Ja:       Nein:

→ Falls ja, weisen Sie die Ersatzbaukosten separat im Kostenplan DIN 276 aus.

Wird die Maßnahme in oder an einem angemieteten Objekt durchgeführt?

Ja:       Nein:

Handelt es sich bei der Maßnahme um ein

ÖPP/PPP-Projekt?      Ja:       Nein:

Projekt mit Beteiligung eines  
Generalüber- oder -unternehmers?      Ja:       Nein:

### D. Angaben zur Bauzeitenplanung

Geplanter Beginn der Maßnahme:<sup>1)</sup>

- 1) Als Vorhabenbeginn einer Maßnahme sind grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages sowie die Aufnahme von Eigenarbeiten zu werten. Bspw. gehört die Auftragsvergabe für die Gesamtplanung noch nicht dazu. Das bedeutet, dass das Ausschreibungsverfahren bis vor der Zuschlagserteilung noch keinen Maßnahmenbeginn darstellt. Erst die Zuschlagserteilung bzw. der Abschluss des Lieferungs- oder Leistungsvertrages stellen den Beginn der Maßnahme dar. Für Maßnahmen aus dem Sonderprogramm wird der förderunschädliche Maßnahmenbeginn zum 01. Januar 2024 zugelassen.

Geplanter Abschluss der Maßnahme:

Geplante Inbetriebnahme der Plätze:

### E. Zuwendungszwecke

Je nach Zuwendungszweck fügen Sie dem Hauptantrag bitte folgende Anlage(n) bei:

**Anlage P**, wenn Sie mit der Maßnahme Plätze **sichern**,

**Anlage W**, wenn Sie mit der Maßnahme Plätze **wiederaufnehmen**.

## Anlage S, wenn es sich um eine **Sanierungsmaßnahme** handelt

### F. Kosten- und Finanzierungsplan

**Gesamtkosten der Maßnahme:**

davon **zuwendungsfähige** Kosten:<sup>1) 2)</sup>

Die Gesamtfinanzierung setzt sich zusammen aus:

Eigenmittel:

Zuwendung Landkreis/kreisfreie Stadt:

(Bewilligungsbescheid vom:<sup>2)</sup>

Zuwendungen Dritter (Finanzierungszusage beifügen):

Beantragte Zuwendung:

- 1) Zuwendungsfähig sind die Kosten der Kostengruppen 300 bis 700 der DIN 276 – Kosten im Hochbau – mit Ausnahme der Ausstattungen (Kostengruppe 610) und der Finanzierungskosten. Ggf. sind weitere Kosten herauszurechnen, die nicht dem Zweckzweck dienen.
- 2) Falls noch kein Bewilligungsbescheid vorliegt, bitte angeben, aufgrund welcher Vereinbarung oder Zusage dieser zu erwarten ist.

### G. Die/Der Antragsteller\*in erklärt, dass

- ihm/ihr für diese Investition keine Zuwendung nach anderen Gesetzen, Verwaltungsvorschriften oder Förderprogrammen des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union sowie zweckgebundene Finanzausweisungen nach § 18 Landesfinanz- ausgleichsgesetz gewährt wurden oder werden (Ausnahmen bilden Maßnahmen, für die parallel über ein den Zielen des Klimaschutzes und/oder des nachhaltigen Bauens dienliches Programm gefördert werden),
- mit der Maßnahme nicht vor dem 01.01.2024 begonnen wurde,
- er/sie für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug  
berechtigt ist.  nicht berechtigt ist.

Der Vorsteuerabzug beträgt:

### H. Ergänzende Erläuterungen

Die/Der Antragsteller\*in ist Träger der Maßnahme. Als Zuwendungsempfänger übernimmt er/sie die Rechte und Pflichten, die sich aus der entsprechenden Verwaltungsvorschrift vom **23.02.2024** und dem Zuwendungsbescheid ergeben. Hierzu gehört insb. die Verantwortung für die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung, die Beachtung der Vergaberichtlinien, die Einhaltung der Zweckbindungsfrist von 20 Jahren und die fristgerechte Vorlage des Verwendungsnachweises.

Ist der Bewilligungsempfänger ein freier, nicht kirchlicher Träger, ist er verpflichtet, zur Sicherung etwaiger Rückforderungsansprüche gemäß der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der LHO Nr. 5.3.1 Teil I in Verbindung mit § 59 Anm. 1.3 zugunsten des Landes Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Bildungsministerium, dieses wiederum vertreten durch das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, eine Sicherheitsleistung in Höhe der Landeszuwendung zu bestellen. Diese ist dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung nachzuweisen. Als Sicherheitsleistung geeignet sind z.B. eine Buchschuld, eine Bürgschaft, Garantieerklärung.

### **I. Dem Förderantrag beizufügende Unterlagen:**

Dem Förderantrag ist vom Antragsteller Folgendes beizufügen:

(Bei Sanierungsmaßnahmen reichen Sie bitte mind. die in Anlage S aufgeführten Unterlagen ein.)

- Beschreibung des Bauvorhabens
- Erläuterungsbericht des Planers
- Entwurfsunterlagen
- Detaillierte Kostenberechnung nach DIN 276
- Flächenberechnung nach DIN 277
- Folgekostenberechnung nach DIN 18960 – Nutzungskosten im Hochbau
- Formblatt „Anlage 2“ zur Ausweisung von Wirtschaftlichkeitskennwerten gem. Anlage 1 (Anm.: Anlage 2 ist Bestandteil der Verwaltungsvorschrift)
- Baugenehmigung (Falls erforderlich)
- ggf. Miet-/Pachtvertrag, ergänzt um einen Nachweis zur gesamtschuldnerischen Haftung sowie der Verringerung des Miet- oder Pachtzinses gemäß Nr.1.2.3 der VV (nur erforderlich bei der Förderung von Mietmodellen)
- Ggf. weitere eingereichte Unterlagen bitte auflisten:

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Stempel und Unterschrift des Antragstellers

### **J. Sichtvermerk der Gemeinde/des Gemeindeverbands (nur wenn der Bauträger weder Gemeinde noch Gemeindeverband ist)**

Es wird bestätigt, dass die zuständige Gemeinde/der zuständige Gemeindeverband den Antrag zur Kenntnis genommen hat.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Stempel und Unterschrift

### **K. Bestätigung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe**

Stand: 19.02.2024

Es wird bestätigt, dass die Plätze, für die eine Förderung beantragt wird, als zu sichernde oder wiederaufgenommene Plätze in den Bedarfsplan des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nach der Landesverordnung zur Ausführung von Bestimmungen des Landesgesetzes über die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (§ 1 KiTaGAVO) vom 17. März 2021 (GVBl. S. 165) in der jeweils geltenden Fassung aufgenommen / enthalten bleiben.

Ja:

Nein:

Dem Förderantrag ist vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe Folgendes beizufügen:

- Begründung zur angemessenen Beteiligung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 27 Absatz 2 KiTaG

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Stempel und Unterschrift

#### **L. Bestätigung der staatlichen Bauverwaltung**

Es wird bestätigt, dass der Antrag und die beigefügten Anlagen unter einheitlichen und objektiven Maßstäben und nach den baufachlichen Ergänzungsbestimmungen für Zuwendungen (Z-Bau) baufachlich geprüft wurden. Die Planung erfolgte unter den Gesichtspunkten der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.

- Eine ausführliche baufachliche Stellungnahme ist beigefügt.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Stempel und Unterschrift

#### **M. Für kommunale Träger:**

Stand: 19.02.2024

### **Stellungnahme der Aufsichtsbehörde (gem. VV Nr. 3.5.1 Teil II zu § 44 LHO)**

Die zuständige Aufsichtsbehörde hat geprüft, ob der Antragsteller den im Finanzierungsplan vorgesehenen Eigenanteil und die Folgekosten des Vorhabens ohne Gefahr für seine dauernde Leistungsfähigkeit tragen kann.

Die Voraussetzungen für die Gewährung einer Zuweisung sind erfüllt.

- Eine entsprechende Stellungnahme ist ggf. beigelegt.

---

Ort, Datum

---

Stempel und Unterschrift